

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz
Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeit 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Hofsapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postfachkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 242

Bad Schandau, Freitag, den 15. Oktober 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident hat den königlich ungarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Gustav Emich von Eموcke zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

* Nach dem Handelsabkommen mit Ungarn erhält Deutschland von Ungarn den gesamten Ernteüberschuss.

* Das Sekretariat des Völkerbundes wird Ende Oktober seinen Sitz nach Genf verlegen.

Der Friede im Osten.

Ein sonderbarer Vertragsabschluss ist es, der in der alten deutschen Hauptstadt Riga in diesen Tagen zustande gekommen ist. Würdig der beiden Vertragsparteien, die ihn eingegangen sind; der Moskauer Sowjetregierung, die es meisterhaft versteht, mit der einen Hand Vertragsurkunden zu unterzeichnen, zu deren Verflörung die andere Hand sich gleichzeitig anschickt, würdig auch der Polen, deren Hinterhältigkeit selbst in dem Augenblick nicht auszuheben pflegt, in dem sie irgend einem Partner gerührt um den Hals fallen.

Und in der Tat: Schon war in Riga die Tinte bereitgestellt, mit der der Waffenstillstand und der vorläufige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte, als irgend ein polnischer d'Annunzio sich fand, der feuernd den Anschein der Meuterei auf sich nahm, um schnell nach in kurz entschlossenem militärischen Anlauf das Wilnaer Land zu „erobern“. Man könnte dafür auch sagen: zu stehlen; aber wir glauben gern, daß in jeder anderen als in der deutschen Sprache sich ungleich wohlklingendere Bezeichnungen für dieses Brigantenstückchen finden lassen. Die Litauer loben und schäumen und rufen alle waffenfähigen Männer zur Rache auf. Auch die hohe Entente ruzelt die Stirn und tut in Warschau (und und zu wissen, daß die Polen sich in den Grenzfragen doch etwas rüchrischvoller aufführen sollten. Aber Wilna ist weit und das Gleich der Warschauer Regierung ist wohl ziemlich schwach. Vielleicht wartet Marschall Foch den Versuch, den Litauern wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, denn Polen werden selbstverständlich nicht gegen Polen zu Felde ziehen. Und natürlich, ein Kreuzbruch ist des anderen wert. Warum sollen auch die Sowjetgenerale, wenngleich sie bei Wilna nicht unmittelbar beteiligt sind, gleiches mit gleichem vergelten? So melden denn auch schon über Dänemark kommende Berichte, daß eine neue bolschewistische Offensive im Gange sei, daß die roten Molodetschno, einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, genommen hätten und weitere Operationen vorbereiteten. Vielleicht ist das nur die übliche Schluß- oder Rückzugsparole, die die unzweifelhaft militärische Niederlage der Sowjetregierung einigermaßen verschleiern soll. Unangenehm ist es ja für den Oberbefehlshaber Trotzki gerade nicht, vor den so laut und so viel beschimpften polnischen „Panjes“ nun elendiglich zu Kreuze kriechen zu müssen. Es kann aber auch sein, daß wir es in dem Wiederaufleben der russischen Kriegsführung mit den Anfängen jenes Winterfeldzuges zu tun haben, den Lenin kürzlich für den Fall ankündigte, daß Rußlands Feinde nicht endlich Vernunft annehmen. Vernunft — wie er sie aufsaßt. Darüber wird es wohl schmerzlich, niemals eine Verständigung zwischen Ost und West geben. Und Lloyd George, auf den dabei die letzten Hoffnungen der Sowjetmänner gerichtet waren, hat ihnen schließlic auch je länger desto deutlicher zu verstehen gegeben, daß er die ewige Kriegszweierlei ebenso satt habe wie die eigenartigen diplomatischen Methoden, mit denen die Moskauer Staatsmänner ihrer Sache immer noch zum Siege zu verhelfen suchen. Diese Sache ist verloren, endgültig verloren. So oft auch Prophezeiungen für Rußland schon verloren haben, die Bolschewisten machen jetzt selber gar keinen Hehl mehr daraus, daß sie am Ende ihres Velleins angekommen sind. Und wenn es sich beständigen sollte, daß sie sogar in Riga in einen zweiten polnischen Korridor willigen müßten, der Rußland von Litauen abtrennt, sie, die ausgezogen waren, um die Polen aus dem polnischen Korridor in Westpreußen zu verjagen und eine unmittelbare Landgrenze mit Deutschland wieder sicherzustellen, so würde diese Katastrophe für sich allein schon völlig genügen, um in Zukunft jeden Täuschungsversuch über die wahre innere und äußere Lage des einstigen Zarenreiches niederzuschlagen. Auf das Klappen, das zum Verhandlungshandwerk gehört, verstehen sich die Sowjetleute ungleich besser noch als ihre Vorgänger in Moskau und Petersburg. Aber wenn sie diesen Friedensschluß wirklich vollziehen und einhalten, so wird ihre Unfähigkeit zur Führung eines großen Volkes fernerhin auch mit den brutalsten Mitteln nicht mehr zu bemängeln sein.

Daß dieser Frieden von Riga nun im Osten die wirklüche Beendigung des Kriegszustandes einleitet, vermögen wir einstweilen noch nicht zu glauben. Allenfalls wird wieder einmal eine kleinere oder längere Erschöpfungspause eintreten, in der die Geister und die materiellen und seelischen Kräfte zu neuem Kampf und Streit sich sammeln. Nur wenn die Westmächte gewillt sind in der Lage wären, den Russen in ihrer jammervollen Hilflosigkeit wirkliche Rettung zu bringen, könnte man glauben, daß auch hier die Friedenssehnsucht schließlich die Oberhand gewinnen müßte. Aber England wie Frankreich wissen heute kaum noch, wie sie sich selber helfen sollen, und sie sehen noch lange nicht am Ende ihrer eigenen Verlegenheiten. Aber geräuschvolle

Veranstaltungen, auf denen über die europäischen Mächte sehr klug und sehr weise gesprochen wird, sind sie bis jetzt noch nicht hinausgekommen. Wie sollen sie sich stark genug fühlen, dem elend gestrandeten russischen Varen wieder auf die Beine zu helfen?

Nein, der Frieden von Riga wird der Welt ebenso wenig den wahren Frieden zurückgeben, wie es der Friede von Versailles getan hat. Dazu sind der Sünden und der Verbrechen viel zu viele begangen worden.

Kritische Lage der Sowjetregierung.

Basler Blätter berichten: Wie die Moskauer „Pravda“ meldet, hat die Sowjetregierung über 12 russische Gouvernements, darunter die von Moskau und Petersburg, den Ausnahmezustand verhängt. Die revolutionären Volksgesetze werden in allen Gouvernements eingeführt. „Daily Mail“ meldet aus Moskau: Nach einer Nachricht aus bolschewistischer Quelle ließ der Oberbefehlshaber der roten Armee Kamenev seines Postens entheben. Die Sowjetregierung versetzte die Amtsenthebung und Verhaftung weiterer 26 Baronoffiziere wegen Verfehlungen im Dienst und wegen politischer Unzuverlässigkeit.

Ein Bericht des Oberkommandos des Generals Wangel meldet die Leberkreitung des Dnjestr und die Gefangennahme des 19. und 23. bolschewistischen Regiments.

Riga, 15. Okt. „Ruhloje Stowo“ meldet, daß die Aufstandsbewegung in Smolensk großen Umfang annahm. Bei ihrer Unterdrückung wurden 2000 Soldaten verhaftet, 800 erschossen. Das Kloster wurde in ein Konzentrationslager umgewandelt. Alle Gefangnisse und zu Gefangnissen verwandelten Schulgebäude sind mit Gefangenen überfüllt. 90 Proz. aller Verhafteten sind Arbeiter, Bauern und Soldaten. Der Aufstand greift auch auf Minsk über.

Selingsfors. Nach einer Moskauer Meldung haben die Bolschewisten den Kampf auf der ganzen polnischen Front wieder aufgenommen. Sie berichten eine Reihe von Erfolgen, u. a. melden sie, daß sie die Stadt Molodetschno zurückerobert haben.

Armenien erklärt der Türkei den Krieg.

Nach Meldungen aus Batum hat die armenische Republik den türkischen Nationalisten den Krieg erklärt und eine Generalmobilisation angeordnet. Bei der Regierung von Georgien wurde angefragt, ob Armenien auf die wohlwollende Neutralität Georgiens rechnen könne. Es erhielt eine bejahende Antwort; Armenien wurde ferner erlaubt, die in Georgien wohnhaften Armenter zu rekrutieren.

Die unsichere Herrschaft Venizelos.

Die Regierung Venizelos hat die Vertreter der alliierten Mächte in Athen gebeten, bei ihren Regierungen um ein zeitweiliges Protektorat für die Regierung Venizelos nachzusuchen. Der Grund hierfür liegt in den Bestürzungen Venizelos' vor einem Staatsstreich, der dem König Konstantin wieder zur Macht verhelfen könnte. Das Vorgehen Venizelos' steht wohl im Zusammenhang mit der Verschlimmerung im Zustand des Königs Alexander, bei dessen Ableben ernsthafteste Konsequenzen entstehen würden, da nach der Absetzung König Konstantins über die griechische Thronfolgefrage kein Abkommen getroffen wurde.

Der König von Griechenland, der von einem Affen, mit dem er spielte (1), gebissen wurde, ist an einer Blutvergiftung erkrankt. Die Temperatur stieg bis 40,4 Grad in der Nacht, morgens 38.

Die Pariser Sekzpresse.

Die Pariser Regierungspresse setzt ihre heftigen Angriffe gegen Deutschland in Bezug auf die oberschlesische Frage fort. So versucht gestern der „Temps“ unter den merkwürdigsten Begründungen den Nachweis zu führen, daß der Besitz Oberschlesiens für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches nicht notwendig sei. Die Politik der deutschen Regierung in dieser Frage sei eine Politik des Hasses und der Einschüchterung. Berlin versuche mit allen Mitteln, den Termin der Abstimmung bis zum Frühjahr hinauszuverschieben. Dem gegenüber sei es notwendig, daß die Alliierten die Abstimmung so sehr als möglich beschleunigen, und daß sie sich mit allen notwendigen Garantien gegen Deutschlands politische und militärische Intrigen umgeben.

Rücktritt des Grafen Sforza.

Lugano. Der Minister des Auswärtigen, Graf Sforza, ist zurückgetreten.

Sturm auf den Friedensvertrag.

Die wirtschaftliche Vorherrschaft der Sieger.

Der offizielle Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Senatspräsident Tittoni, teilte in der Tagung der Völkerbundsvereinerung in Mailand folgenden aufsehenerregenden Vorschlag mit, den er im Namen der italienischen Regierung in der letzten Zusammenkunft des Völkerbundsrates in San Sebastien eingebracht hatte, und der nun in der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundsrates in Brüssel behandelt werden soll:

„Der Völkerbundsrat beschließt für die Tagung der nächsten Versammlung, die Anwendung des Artikels 23 des Versailler Friedensvertrages aufzuheben, der allen Mitgliederstaaten des Völkerbundes eine gerechte handelspolitische Behandlung sichert, die unvereinbar ist mit der Monopolisierung der für das Leben der Völker unentbehrlichen Rohstoffe und mit der Ausbeutung der Völker selbst durch große internationale Kapitalistenkreise.“

Zu der Begründung dieses Regierungsvorschlages führte Tittoni aus: „Damit ist die Frage deutlich und klar aufgeworfen. Wenn man wirklich den Frieden und die Gerechtigkeit will, muß man nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft einiger Staaten zum Schaden der andern unmöglich machen. Was gibt es für eine lästigere und gefährlichere Bedrohung des Weltfriedens als den Gegensatz von im Kriege bereicherten und verarmten Staaten und ausgebeuteten und ausbeutenden Staaten? Es kann keine politisch-unabhängigen Staaten geben, sobald sie in wirtschaftlicher Knechtschaft sind. Es liegt daher im Interesse aller, jenen zu helfen, sich aus dieser schweren Knechtschaft frei zu machen. Wenn die Versammlung diese Grundzüge billigt, verschafft sie dem Vertrage Macht und Autorität, und Italien wird diesen Vorschlag in der gleichen Versammlung des Völkerbundes in Genf vertreten.“

Ritti gegen Versailles.

Der ehemalige Ministerpräsident Ritti veröffentlicht in den Blättern einen für die amerikanische Presse bestimmten Artikel, den er „Europa ohne Frieden“ überschreibt. Darin führt er aus: „Sehr häufig haben die Sieger nach dem Sturz der Zentralmächte die gleiche Sprache geführt, die sie ihren Feinden vorwarfen. Gibt es überhaupt noch einige unter ihnen, die von Menschlichkeit reden? Kein ehrlicher Mann kann die Verträge, die sie den Besiegten auferlegt haben, verteidigen. Hätte Deutschland gestagt, es hätte auch keine anderen Forderungen gestellt. Niemand bezweifelt, daß die Besiegten irgendeine Entschädigung bezahlen müssen, aber können sie die absurden Entschädigungen bezahlen, die wir ihnen auferlegen gebeten? Zweifelsohne waren einige territoriale Veränderungen erforderlich, aber waren alle, die wir diktiert haben, wirklich notwendig?“

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Vierter Tag.)

Der vierte Tag der Beratungen auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel brachte insofern eine dramatische Zuspitzung, als ein preußischer Minister scharfe Angriffe gegen einen Reichsminister richtete. Es hielt nämlich der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Otto Braun zur Begründung eines Antrages auf schleunige Überleitung der Fabrikation der künstlichen Düngemittel aus privatrechtlichem Besitz in den Dienst der Allgemeinheit eine längere Rede, in deren Verlaufe er sagte:

„Unter seiner vollen Verantwortung müßte er bemerken, es sei ein unbehagliches Gefühl, daß in der Abteilung des Reichsministeriums, die die Stickstoffpreise zu kontrollieren habe, ein einflussreicher Beamter sei, von dem er positiv wisse, daß er bestechlich sei (große Bewegung). Dieser Beamte sei jetzt in Urlaub, er wisse nicht, ob es zurückkehren werde.“

Ministerpräsident Braun schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Mein Vorschlag ist nicht das Allheilmittel, das nun sofort hilft. Wer so etwas glaubt, ist ein Narr oder ein politischer Verbrecher, wohl aber schaffen wir uns auf diesem wichtigen Gebiet einen Weg, der uns befreit von den Schäden, in die uns der verbrecherische Kriegswahnwitzum geschleudert hat.“

Mißtrauensvotum gegen den Ernährungsminister.

Im weiteren Verlauf beantragte Heilmann-Berlin ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes, indem er u. a. ausführte: „Es handelt sich dabei gar nicht um den Kampf um Zwangswirtschaft und freie Wirtschaft. Für beide gibt es Gründe. Es handelt sich vielmehr darum, daß Minister Hermes sein Amt in leichterfertiger und gewissenloser Weise dazu mißbraucht hat, das deutsche Volk schwer zu schädigen. Hermes hat der Reichsfeststellung und dem Reichsausschuß für Die und Fette verboten, weitere Einkäufe zu machen, weil er in Island die freie Wirtschaft mit Fetten herstellen wollte. Hermes tat es aber nicht und kam dann im September zu der Erkenntnis, daß sein Plan nicht durchführbar ist und hat nun Anweisung gegeben, einzukaufen. Inzwischen aber waren die Preise für alle Fette bedeutend gestiegen, denn der Stand der deutschen Markt war gefallen. Für die Margarinebereitung kostet jetzt das kilo 22 Pf., gegen 11 Pf. Anfang Juni. Der dem deutschen Volk zugefügte Schaden beträgt hier allein 900 Millionen. Hätte Hermes den Reichsausschuß einkaufen lassen, als er einkaufen wollte, so würde die Margarine heute um die Hälfte billiger hergestellt werden können.“